
Von: Norbert F. Tofall <norbert.tofall@fvsag.com>
Gesendet: Montag, 27. September 2021 09:30
An:
Betreff: Anmerkungen zur Bundestagswahl



Flossbach von Storch
RESEARCH INSTITUTE



Deutschland hat gewählt

Deutschland hat einen neuen Bundestag gewählt. Und die wichtigste Nachricht für den Standort Deutschland und die Finanzmärkte lautet: Eine rot-grün-rote Koalition hat keine Mehrheit im Deutschen Bundestag.

Die politischen Ränder links und rechts des politischen Spektrums sind geschwächt. Die politische Mitte ist gestärkt. Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis (Stand: 27.9.2021, 7.00 Uhr) liegen CDU/CSU bei 24,1 Prozent (- 8,8 %), die SPD bei 25,7 Prozent (+ 5,2 %), Bündnis90/Die Grünen bei 14,8 Prozent (+5,9 %), die FDP bei 11,5 (+ 0,8 %), die AfD bei 10,3 Prozent (-2,3 %) und die Linkspartei bei 4,9 Prozent (- 4,3 %). Da die Linke drei Direktmandate gewonnen hat, verbleibt sie mit 4,9 Prozent der Mandate im Deutschen Bundestag. Der neue Deutsche Bundestag wird 735 Sitze umfassen. Die SPD kommt auf 206 Sitze, CDU/CSU auf 196 Sitze, Bündnis90/Die Grünen auf 118, die FDP auf 92, die AfD auf 83, die Linke auf 39 und der SW auf 1.

Politisch spitzt sich alles auf eine Jamaika-Koalition aus CDU/CSU, Grünen und FDP oder eine Ampel-Koalition aus SPD, Grünen und FDP zu. Nach den Äußerungen der Parteivorsitzenden in der sogenannten Elefantenrunde am Wahlabend in ARD und ZDF erscheint eine Jamaika-Koalition im Moment wahrscheinlicher als eine Ampel. CDU/CSU, Grüne und FDP haben sich zumindest eindeutige Signale gegenseitig gesendet. Ein Selbstläufer wird das jedoch nicht. Die SPD und Olaf Scholz werden ebenfalls massiv um die Grünen und die FDP als Koalitionspartner werben.

Auch dürfte es wohl nicht so lange wie 2017 dauern, bis eine neue Bundesregierung gebildet wird. Spieltheoretisch folgt dies zum einen daraus, daß Rot-Grün-Rot nicht möglich ist, wodurch sich alles auf Jamaika oder die Ampel zuspitzt. Eine GroKo ist zwar rechnerisch möglich, politisch aber endgültig am Ende. Auch die konzentrierte Ernsthaftigkeit in der Elefantenrunde der Parteivorsitzenden, die alles andere als selbstverständlich ist, man denke nur an den Auftritt von Gerhard Schröder 2005, spricht dafür, daß in diesem Jahr schnell und ergebnisorientiert verhandelt wird.

Besonders beschleunigend wird zum anderen der Schachzug von Christian Lindner wirken, erst allein mit den Grünen zu verhandeln. Und bemerkenswert ist, daß die Grünen dieses Angebot nicht abgelehnt haben. Wenn die Polarisierung, die aus den programmatischen Forderungen von FDP und Grünen folgt, entschärft ist, ohne daß einer der beiden Parteien sich über den Tisch gezogen fühlt (wie die FDP 2017), dann wären die größten Hürden überwunden, bevor in großen Dreierunden mit CDU/CSU oder SPD getagt wird.

Die größte Gefahr für Armin Laschet und eine Jamaika-Koalition droht in den nächsten Tagen aus den Reihen der Union. Sollte es zu einem Aufstand gegen Laschet kommen, dann könnten Olaf Scholz und seine SPD die Ernte einfahren. Die Union hat aber oft genug bewiesen, daß sie machtbewußt genug ist, um die Zähne zusammenzubeißen und die Messer stecken zu lassen, wenn es um die Macht im Lande geht.

Sollte die Union diese Selbstdisziplin jetzt nicht aufbringen, dann folgt nicht mit Notwendigkeit die Erholung in der Opposition. Es könnte der Union nach kurzer Verhandlungspause auch wie der SPD 2017/2018 gehen. Die SPD wollte damals nicht zurück in die ungeliebte GroKo, wurde aber durch den Bundespräsidenten nolens volens hineingedrängt, um Neuwahlen zu vermeiden. Wenn 2021 Jamaika scheitern sollte, weil sich die Union internen Streitigkeiten hingibt, dann folgt nicht automatisch die Ampel. Auch Verhandlungen über eine Ampel-Koalition

können scheitern. Es könnte so am Ende zu einer Neuauflage der GroKo kommen. Olaf Scholz hätte dann auf diesem Wege sein Ziel erreicht, Kanzler zu werden.

Im Moment spricht aber viel dafür, daß Jamaika diesmal gelingen könnte. Das grüne Führungspersonal scheint Jamaika zu wollen. Ob die grüne Basis folgt, bleibt abzuwarten. Aber auch in Baden-Württemberg präferierte die grüne Basis ein Bündnis mit der SPD und die grüne Führung hatte ein Bündnis mit der Union durchgesetzt. Warten wir es ab. Und vielleicht müssen wir längst nicht so lange warten, wie noch in der letzten Woche vor der Wahl befürchtet.

[Flossbach von Storch AG](#) | [Research Institute](#) | [Ottoplatz 1](#) | [50679 Köln](#) | [Telefon +49 221 33 88 291](#) | research@fvsag.com

[Impressum](#) | [Kontakt](#) | [Abmelden](#)